



*Beratungsgegenstand:*

**Antrag auf Beauftragung einer Radwegebaubedarfsanalyse für den Landkreis Uelzen**

*Sachbearbeitende Dienststelle:*

Amt für Kreisstraßen

*Datum*

20.01.2016

*Beratungsfolge (Zuständigkeit)*

Ausschuss für Planung und Straßenbau (Vorberatung)

*Sitzungstermin*

26.01.2016

*Status*

Ö

Kreisausschuss (Vorberatung)

09.02.2016

N

### **Sachverhalt:**

Am 18.01.2016 ging ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD im Kreistag des Landkreises Uelzen beim Landrat Dr. Blume ein (siehe Anlage).

Vorbehaltlich der Zustimmung zur Erweiterung der Tagesordnung in der Sitzung am 26.01.2016, für die die Einladung bereits versandt ist, wird dieser Antrag zur Vorberatung vorgelegt.

Vorausgegangen ist die Befassung des Ausschusses am 09.04.2015 (Antrag der SPD-Fraktion) und der Vortrag von Dr. Kaulen mit dem Thema „Multimodalität und Radverkehrsförderung im Ländlichen Raum“ im Ausschuss am 23.09.2015.

### **Beschlussvorschlag:**

Entfällt.

### **Anlagen:**

Antrag vom 15.01.2016

Dr. Blume

# **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD im Kreistag des Landkreises Uelzen**

**Herrn Landrat  
Dr. Heiko Blume  
Veerßer Straße 53  
29525 Uelzen**

**Uelzen, 15.01.2016**

## **Antrag auf Beauftragung einer Radwegebaubedarfsanalyse für den Landkreis Uelzen**

Sehr geehrter Herr Dr. Blume,

im September 2015 hielt der Stadt-und Verkehrsplaner, Herr Dr. Ralf Kaulen, im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Planung und Straßenbau einen Vortrag zum Thema „Erfolgreiche Radverkehrsplanung im Landkreis Uelzen“. Da der eindrucksvolle Vortrag sehr überzeugend war, wurde noch in der Sitzung vereinbart, die von Dr. Kaulen als notwendig erachtete Radwegbedarfsanalyse sowie einen daraus abgeleiteten Maßnahmenkatalog zeitnah in Auftrag zu geben.

Die Fraktionen von CDU und SPD beantragen daher, der Kreistag möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Radwegebedarfsanalyse für den gesamten Landkreis Uelzen bei einem geeigneten Planungsbüro mit dem Ziel in Auftrag zu geben, dass ab dem Jahr 2018 der Radwegbau im Landkreis Uelzen nach einem von dem ausführenden Planungsbüro aus der Bedarfsanalyse abgeleiteten Maßnahmenkatalog in einem Mehrjahresprogramm erfolgen soll. Dazu wird angeregt, bei der Vergabe, sofern möglich, auf das Büro Kaulen zurückzugreifen, da man sich dort im Rahmen der Vorbereitung des Vortrages bereits mit der Situation im Landkreis Uelzen befasst hat.
2. Die Verwaltung wird weiter beauftragt, vor der Auftragsvergabe mit der Stadt Uelzen zu klären, ob die dortigen Bemühungen hinsichtlich eines Radwegkonzeptes nicht zeitgleich durch diese Bedarfsanalyse mit abgearbeitet werden sollen und sich die Stadt Uelzen daher auch an den Kosten beteiligt.
3. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, vor der Auftragsvergabe die Möglichkeiten zur Förderung der Bedarfsanalyse durch entsprechende Förderprogramme, z.B. LEADER, zu prüfen.

Zu den Gründen:

Die veränderten Mobilitätsperspektiven erfordern heute eine unabhängige und professionelle Planung, die aufgrund der vielfältigen rechtlichen Vorgaben und neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse nur durch ein Fachbüro zu erbringen ist. Dem Vortrag war deutlich zu entnehmen, dass eine professionelle Planung in vielen Bereichen, wie z.B. Alltagstauglichkeit oder Tourismus, deutliche Vorteile für die Region und ihre Ziele erwarten lässt.

Darüber hinaus schafft ein über mehrere Jahre abzuarbeitender Maßnahmenkatalog Planungssicherheit und Arbeitsentlastung in den zuständigen Fachbereichen der Landkreisverwaltung.

Und letztlich ist auch darauf hinzuweisen, dass die Landkreise im Nahbereich, hier seien nur Lüneburg und Harburg erwähnt, bereits vergleichbaren Untersuchungen beauftragt haben bzw. dies beabsichtigen. Insofern gilt es, keine Zeit und damit nicht den Anschluss zu verlieren.

**Wichtig ist auch der Hinweis, dass mit einer Planung ab 2018 keines der bisher festgeschriebenen Radwegeprojekte im Landkreis Uelzen gefährdet ist.**

Eine Beteiligung der Hansestadt Uelzen erscheint sinnvoll, da auch dort die Erstellung eines entsprechenden Konzeptes im Raum steht und somit ein ganzheitlicher Ansatz, der allen dient, möglich erscheint.

Und letztlich liegen Informationen vor, dass die Kosten für eine Bedarfsanalyse über entsprechende Förderprogramme deutlich reduziert werden können.

Wir bitten Sie daher, diesen Antrag dem Ausschusses für Planung und Straßenbau in seiner nächsten Sitzung am 26.01.2016 zur Beratung vorzulegen.

Für die Fraktionen von CDU und SPD

Stefan Hüdepohl

Andreas Dobsław